

Stadtvertretung Lübtheen

Legislaturperiode 2009 bis 2014

23. Sitzung

20.02.2014 – 02/2014

---

**Protokoll  
der Sitzung der Stadtvertretung  
vom 20. Februar 2014**

---

Stadt Lübtheen  
Salzstraße 17  
19249 Lübtheen

---

---

---

<u>Beratungsort:</u>	Amtssaal des Bürgerhauses „Dat olle Amtsgericht“	
<u>Beratungszeit:</u>	19:00 Uhr bis 20:05 Uhr	
<u>Teilnehmer:</u>	Frau Gerlitz, Marlind	CDU
	Herr Hippmann, Heinz	SPD
	Herr Klockmann, Jens	Bauernverband
	Frau Köpke, Annelie	SPD
	Herr Matz, Friedhelm	FDP
	Frau Pastörs, Marianne	NPD
	Herr Pietz, Thomas	SPD
	Herr Steuer, Ronald	CDU
	Herr Swars, Harald	CDU
	Herr Theißen, Andreas	NPD
	Frau Völkel, Marga	SPD
<u>Verwaltung:</u>	Frau Lindenau, Ute	Bürgermeisterin
	Herr Skobel, Bernd	1. Stadtrat
	Herr Wein, Frank	Bauamtsleiter
<u>entschuldigt:</u>	Herr Banz, Reno	SPD
	Herr Greve, Fritz	CDU
	Herr Metelmann, Rüdiger	FDP
	Frau Oertel, Eveline	Die LINKE
	Herr Sahs, Jürgen	CDU

---

### **Tagesordnung:**

#### öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Ergänzungen zur Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Beratung vom 12.12.2013
4. Einwohnerfragestunde
5. Haushaltssicherungskonzept 2014 – Sitzungsvorlage SV-02/2014
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014– Sitzungsvorlage SV-01/2014 und SV-07/2014
7. Festlegung der Anzahl der weiteren Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses – Sitzungsvorlage SV-06/2014
8. Bestätigung des Wahlausschusses – Sitzungsvorlage SV.05/2014
9. Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 10 „Betriebsenerweiterung Firma Dankwardt“ – Sitzungsvorlage SV-03/2014
10. Beschluss über die erneute frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden zur 1. Änderung und Ergänzung des b-Planes Nr. 8 „Betriebsenerweiterung Fa. BRÜGGEN Fahrzeugwerk & Service GmbH“ – Sitzungsvorlage SV-04/2013
11. Anfragen und Mitteilungen

#### nichtöffentlicher Teil:

12. Anfragen und Mitteilungen
-

**TOP 1: Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Pietz eröffnet die 23. Sitzung der Stadtvertretung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 Stadtvertreter anwesend. Ab TOP 2 nimmt Frau Köpke und ab TOP 4 Herr Klockmann an der weiteren Beratung teil.

Entschuldigungen zur Abwesenheit liegen vor von Herrn Banz, Herrn Greve, Herrn Metelmann, Frau Oertel und Herrn Sahs.

**TOP 2: Genehmigung der Ergänzungen zur Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird unter TOP 11 um die Beschlussvorlage SV-08/2014 Beantragung eines externen Konversionsmanagement ergänzt.

Die Tagesordnung einschließlich der Ergänzung wird **einstimmig** angenommen.

Da die heutige Sitzung aufgrund eines Formfehlers eine Wiederholung der Sitzung vom 30.01.2014 darstellt, wird der Bericht der Bürgermeisterin anlässlich dieser Sitzung in das heutige Protokoll übernommen. Dadurch ändert sich die Reihenfolge der Beratungspunkte fortlaufend. Auch die am 30.01.2014 geäußerten Hinweise zum Protokoll und sonstigen Redebeiträge und Anregungen werden in das heutige Protokoll übernommen. Diese Verfahrensweise wird **einstimmig** von den Stadtvertretern angenommen.

**TOP 3: Bestätigung des Protokolls der Beratung vom 12.12.2013**

---

Zum Protokoll gibt es durch die NPD-Fraktion folgende Anmerkung:

Zum TOP 11 – Erweiterungsflächen Firma BRÜGGEN – wurde in der Diskussion durch Herrn Theißen ausgesagt, dass eine Unterstützung der Firma BRÜGGEN nur bei Einhaltung ihrer sozialen Verpflichtungen erfolgen soll.

Er bittet um Aufnahme dieser Aussage ins Protokoll. Durch die Abstimmung mit **5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung** wird das Protokoll um diese Aussage ergänzt.

Weiterhin beantragt die NPD-Fraktion unter TOP 12, Punkt 1, zu ergänzen, dass sich die Mitsprache in der Bürgerfragestunde nicht nur auf brisante Themen und die Ausschüsse, sondern auf alle Tagesordnungspunkte beziehen soll, da es die jetzige Rechtslage zulässt.

Durch die Abstimmung hierzu mit **3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen** wird diese Aussage nicht in das Protokoll aufgenommen.

Herr Banz weist auf einen redaktionellen Fehler im Protokoll hin: Im nichtöffentlichen Teil müssen die TOP 10 und 11 richtig TOP 13 und 14 sein.

Frau Völke bittet unter TOP 12, Punkt 2, um Ergänzung des OT Langenheide, da es sich in erster Linie bei dem gegebenen Hinweis um diesen handelt.

Das o.a. Protokoll wird einschließlich der o.a. beschlossenen Ergänzungen **einstimmig** bestätigt.

Frau Lindenau führt in ihrem Bericht wie folgt aus:

„Mit der Haushaltsplanung für das Jahr 2014 konnte diesmal schon recht früh begonnen werden, da die Zahlen aus dem Hause und auch vom Land rechtzeitig vorlagen. Beim sogenannten Orientierungsdatenerlass des Landes waren keine großen Überraschungen zu erwarten. Durch den Zensus 2011 hat die Stadt Lübtheen Einwohner hinzugewonnen, was sich auch in den Zuweisungen vom Land positiv bemerkbar gemacht hat (+ 65.000 €). Insgesamt muss aber festgehalten werden, dass sich die Zuweisungen trotzdem auch schon innerhalb des Finanzplanungszeitraumes weiter verringern werden. Ursache dafür sind die auslaufenden Mittel aus dem Solidarpakt II, die somit auch den Kommunen nicht mehr zur Verfügung stehen. Daher muss in den Kommunen selbst jede Möglichkeit der Ertragsbeschaffung und Erhöhung genutzt und umgesetzt werden. Ebenso muss auf der Aufwandsseite nach möglichen weiteren Einsparungen gesucht werden.

Die Rahmenbedingungen für 2014 sowie für den Finanzplanungszeitraum sind insgesamt als gut zu bewerten. So ist auch weiterhin mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen. Dadurch werden für 2014 und die kommenden Jahre weiter steigende Steuereinnahmen erwartet. Trotzdem muss die Entwicklung genau beobachtet werden, da es doch immer wieder Unsicherheitsfaktoren gibt. Solange es mit den Einnahmen aufwärts geht, kann die Stadt Lübtheen im Rahmen der Haushaltswirtschaft davon nur profitieren.

Konkret erwartet auch die Stadt 2014 Mehreinnahmen im Bereich der Anteile an der Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer. Besonders die Gewerbesteuer hat sich in den letzten 2 Jahren gut entwickelt. In diesem Jahr können wir auf eine gute Gewerbesteuererinnahme von 917.171 € blicken, die höchste seit der Wende. Zu hoffen bleibt, dass sich dieser positive Trend fortsetzt. Der Ansatz wurde 2014 vorsichtig auf 820.000 € festgesetzt. Der Hebesatz bleibt unverändert, da es hier keinen Anpassungsbedarf gibt. Bei der Grundsteuer A und B müssen, nachdem 2013 keine Anpassung erfolgen musste, die Hebesätze erneut angehoben werden. Da der Haushalt nicht ausgeglichen ist, musste dieser Schritt erfolgen. Im Orientierungsdatenerlass des Landes werden immer die Landesdurchschnitte bei den Hebesätzen für die einzelnen Steuerarten für die kreisangehörigen Gemeinden genannt. Schaut man sich dabei auch die vergangenen 3 Jahre an, muss man feststellen, dass die Spirale der Erhöhungen sich immer schneller dreht. So hat sich der jeweilige Steuersatz um gut 10 Prozentpunkte erhöht. Natürlich kann dies nicht die Lösung für das finanzielle Problem sein und diese Erhöhungen werden es auch nicht lösen können. Dazu bedarf es einer grundlegenden Reform der Gemeindefinanzen, die sich ganz konkret um Aufgabenreduzierung und damit einhergehender Aufwandsreduzierung beschäftigen muss.

Bei der Planung der Aufwendungen/Auszahlungen wurde sich an den Vorjahresergebnissen orientiert. Nachdem zwei doppische Jahre fast um sind, hat man hier mittlerweile doch wieder einen besseren Überblick. Die Aufwendungen selbst teilen sich in vier große Kostenblöcke. Da sind die Personalaufwendungen, die Kreisumlage, die Sach- und Dienstleistungsaufwendungen und die sonstigen Aufwendungen zu nennen. Dabei unterliegen alle Kostenblöcke jährlichen Steigerungen, so dass eventuelle Mehrerträge nur die Erhöhungen auffangen können, aber nur einen unwesentlichen Anteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Alleine die Umlagekraftmesszahl für 2014 hat ausgereicht, den Haushalt mehr zu belasten.

Bei den Unterhaltungen der Grundstücke und baulichen Anlagen ist ebenfalls auf dem Niveau von 2013 geplant worden. Bei einigen Gebäuden werden Sanierungen, Instandhaltungen sowie Reparaturen weitergeführt bzw. neu begonnen. Teilweise waren die Mittel schon 2013 geplant, die Maßnahmen konnten aber aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Diese wurden nun wieder neu veranschlagt. Bei den Unterhaltungsmaßnahmen geht es darum, die Gebäude für ihre Nutzung möglichst lange in einem guten Zustand zu erhalten.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass sich zwar gegenüber 2013 die Erträge positiv entwickeln werden, aber im Gleichklang auch die Aufwendungen erhöhen, so dass sich das Gesamtergebnis auf dem Niveau des Vorjahres bewegt. Die tatsächliche Entwicklung in allen Ebenen bleibt abzuwarten, auch immer in der Hoffnung, dass unter dem Strich ein besseres Ergebnis am Ende steht.

Der Finanzhaushalt bildet alle Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushaltes und die Zahlungen, die im investiven Bereich abgewickelt werden, ab. Trotz der knappen Mittelverfügbarkeit sind auch 2014 eine Reihe von Investitionen und Anschaffungen geplant. Ein Teil der Maßnahmen war schon 2013 geplant, die aber aus verschiedenen Gründen nicht realisiert wurden. Das Saldoergebnis bewegt sich auf dem Niveau von 2013.

Die Tilgung, die sonst im Verwaltungshaushalt aufzubringen war, wird jetzt als Größe im Finanzplan abgebildet. Die Zahlungen sind 2014 weiter rückläufig und bleiben die kommenden Jahre auf etwa gleichem Niveau. Es sind in den Jahren 2012 und 2013 Kredite endgültig getilgt worden, so dass dadurch die Zahlungen insgesamt geringer ausfallen.

Eine Kreditaufnahme ist, wie schon im letzten Jahr, auch in diesem Jahr nicht geplant.

An der Eröffnungsbilanz ist in den zurückliegenden beiden Jahren weiter gearbeitet worden. Leider konnte die endgültige Aufstellung der Eröffnungsbilanz noch nicht erreicht werden. Dabei sind die Grundstücke, Gebäude und Straßen bis auf wenige Ausnahmen erfasst. Größter Rückstand besteht derzeit noch beim beweglichen Vermögen. Dies soll mit zusätzlicher Hilfe möglichst zügig erfasst und damit abgearbeitet werden. Ziel ist es, die Eröffnungsbilanz noch vor den Kommunalwahlen im Mai zu verabschieden.

Da die Eröffnungsbilanz noch nicht steht, kann natürlich auch kein abschließender Jahresabschluss vorgenommen werden. Nur punktuell konnten erste Arbeiten zum Abschluss 2012 durchgeführt werden. So sind die Personenkonten abgeschlossen und die Forderungen übertragen worden. Wo es möglich war, sind auch erste Buchungen zum eigentlichen Jahresabschluss durchgeführt worden. Dagegen können die Buchungen der Abschreibungen und die Auflösung der Sonderposten nach der Erstellung der Eröffnungsbilanz erfolgen. Soweit die Eröffnungsbilanz steht, geprüft und bestätigt wurde, muss dann mit Hochdruck an den Jahresabschlüssen 2012 und 2013 gearbeitet werden. Sowie diese Arbeiten abgeschlossen sind, wartet mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnungsrechnung eine weitere Aufgabe. Daran anschließend ist der Gesamtabchluss umzusetzen.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand hat der Ergebnishaushalt 2012 wesentlich besser abgeschnitten, als geplant. So konnte das negative Ergebnis deutlich verringert werden. Auch wenn die entsprechenden Abschlussbuchungen wie Abschreibung und Auflösung von Sonderposten noch fehlen, dürfte unterm dem Strich eine Verbesserung realisiert werden können, etwa in einer Höhe von 400.000 €

Auch der Haushalt 2013 kann, sollte sich der Zwischentrend auch zum Jahresende fortsetzen, besser abscheiden. Die Verbesserungen sind momentan auf deutlich bessere Erträge bei der Gewerbesteuer zurückzuführen. Kommen auch noch entsprechende Einsparungen auf der Aufwandsseite hinzu, kann dies zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung führen. Hier sind aber alle laufenden Buchungen für 2013 erst einmal abzuwarten. Im Finanzhaushalt erwarten wir eine Verringerung des Defizits um ca. – 500.000 €.

#### Baugeschehen:

- Aufgrund der Witterungsverhältnisse können verständlicherweise die Bauarbeiten zum Ausbau der Kreisstraße K 19 Ortslage Garlitz nicht begonnen werden. Am 17.02.2013 wird die Einwohnerunterrichtung der Stadt Lübtheen zum Bauablauf gemeinsam mit dem Landkreis um 19:00 Uhr im Feuerwehrgerätehaus in Garlitz stattfinden.
- Die Ringerhalle auf dem Gelände des Schulzentrums bedarf als letztes Gebäude auf dem Schulkomplex einer dringenden Sanierung. In den letzten Jahren ist ein starker Reparaturstau entstanden. Eine Sanierung ist von Grund auf erforderlich. Ebenfalls ist der Zuschnitt bzw. die Raumaufteilung den heutigen Erfordernissen anzupassen. Das Gebäude ist den entsprechenden Standards in Bezug auf Sicherheit, Energieverbrauch und Brandschutz anzupassen. Dadurch soll die Nutzung und Zugänglichkeit von verschiedenen Nutzern erhöht und gesichert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf voraussichtlich 325.000 €. Ein entsprechender Antrag auf Förderung gemäß Richtlinie für die Förderung der integrierten, ländlichen Entwicklung (ILERL MV) wurde eingereicht.

#### Umwelt:

- In den vergangenen Wochen mussten leider mehrfach illegale Ablagerungen von Abfällen im Bereich festgestellt werden, so unter anderem mehrere Säcke mit benutzten Windeln im Bereich Lübbendorf und Am Fuchsberg. Die Beräumung erfolgte in allen Fällen durch die zentralen Dienste der Stadt. Leider gab es keinerlei Hinweise auf den bzw. die Verursacher.
- Bei den durchgeführten Baumkontrollen wurden im Bereich der OL Langenheide, Jessenitz-Werk und in Lübtheen bisher leider vier Bäume festgestellt, die nach gemeinsamer Einschätzung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises im Rahmen der Gefahrenabwehr gefällt werden müssen.
- Gegenwärtig werden durch die Mitarbeiter des Bauhofes im Bereich der Betonspurbahnen in Langenheide die Seitenbereiche zurückgeschnitten, um ein Befahren dieser Strecke durch LKW und landwirtschaftliche Fahrzeuge ohne Behinderungen zu ermöglichen.

#### verkehrsrechtliche Angelegenheiten:

- In der Paulstraße wird, sobald der Boden frostfrei ist, zwischen der Hausnummer 5 und der Salzstraße ein eingeschränktes Halteverbot infolge der Anordnung des Straßenverkehrsamtes des Landkreises Ludwigslust-Parchim aufgrund von Bürgeranfragen eingerichtet.

Am heutigen Tag und am Freitag, den 31.01.2014 erfolgt in der Zeit von 14:00 bis 18:00 Uhr der Umtausch der CD's des SWM-Filmstudios R. Drefin, die fehlerhaft bzw. nicht gelaufen sind. Ursächlich für diese Störungen war ein Fehler in einem Teil der Rohlinge.“

#### **TOP 5:           Einwohnerfragestunde**

---

Zu nachfolgenden Problemen werden Anfragen gestellt:

- Herr Beier weist darauf hin, dass die Einladung keinen Hinweis darauf enthält, dass die heutige Sitzung eine Wiederholung ist. Herr Pietz informiert, dass anhand der Tagesordnungspunkte dies erkennbar sei.  
In diesem Zusammenhang merkt Herr Theißen an, dass z.B. im Ortsteil Langenheide die Aushänge nicht immer eingestellt sind. Die Verwaltung wird hierzu die Beteiligten noch einmal eindringlich belehren.

#### **TOP 6:           Haushaltssicherungskonzept 2014 – Sitzungsvorlage SV-02/2014**

---

Herr Netzband führt zur Thematik wie folgt aus:

„Das Haushaltssicherungskonzept ist entsprechend § 43 Abs. 6 der Kommunalverfassung aufzustellen, wenn der Haushalt im laufenden Jahr und im Finanzplanzeitraum nicht ausgeglichen werden kann. Da dies auch für das Haushaltsjahr 2014 zutrifft, war es erforderlich, das Konzept weiter fortzuschreiben. Da in den zurückliegenden Jahren schon viele Maßnahmen angegangen und umgesetzt wurden, ist mittlerweile die Auswahl der Möglichkeiten doch sehr begrenzt. Dadurch ergeben sich zukünftig nur noch wenige Schwerpunkte, die helfen können, die Haushaltswirtschaft wieder in Einklang zu bringen.“

1. Realsteuern: Für das Jahr 2014 wurden die Hebesätze für die Grundsteuer A und B bereits mit einer Extrasatzung festgesetzt. Durch die schlechte Haushaltslage vieler Gemeinden in M-V sind immer mehr Gemeinden auch gezwungen, die Hebesätze zu erhöhen. Dadurch dreht sich diese Spirale immer schneller, so dass die nächste Anhebung nur eine Frage der Zeit sein dürfte. Dabei ist sich am Durchschnitt der Hebesätze aller kreisangehörigen Gemeinden zu orientieren. Ein Ermessen bei der Erhöhung hat die Stadt nicht mehr, da sonst die Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde versagt wird.  
Anzumerken ist an dieser Stelle, dass sich die Erhöhungen immer negativ auf die Kreisumlage auswirken. Mehr Steuereinnahmen bedeutet gleichzeitig auch immer anteilig eine höhere Kreisumlage.
2. Daher muss auch verstärkt der Fokus auf Gebühren und sonstigen Erträgen liegen. Diese fließen bei der Berechnung der Kreisumlage natürlich nicht mit ein.
3. Auf der Aufwandsseite sind die Möglichkeiten mittlerweile begrenzt, da gerade im personellen Bereich das Machbare ausgereizt worden ist. Will man hier weitere Dinge umsetzen, muss hier die kommunale Zusammenarbeit stärker in die Betrachtungen einbezogen werden. Denn gerade hier gilt es, Reserven zu heben, um so die Synergieeffekte zu nutzen. Ein weiteres Augenmerk bei den Aufwendungen dürfte weiter bei energetischen Maßnahmen liegen. Hier zu nennen ist z.B. die Straßenbeleuchtung. Durch richtige Maßnahmen an den richtigen Stellen können Energie und sonstige Mittel eingespart werden.“

Die SPD-Fraktion vertritt die Meinung, dass alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Maßnahmen im Haushaltsplan enthalten sind. Es wird darauf hingewiesen, Gebühren nur in einem solchen Maß zu erhöhen, dass Einwohner und Gewerbetreibende nicht vertrieben werden. Die Fraktion wird dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

NPD-Fraktion: Die Kommune hat die Kosten aller über ihr stehende Verwaltungen (Land, Landkreis) zu tragen, weil diese von oben nach unten durchgedrückt werden. Die Kommune ist das letzte Glied. Beispiel ist nicht zuletzt die Kreisumlage von 45 %. Diese Verfahrensweise kann die NPD-Fraktion nicht akzeptieren und wird deshalb dem Haushalt nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen, verweist aber darauf, dass das Sparen das Ende der Fahnenstange erreicht hat. Die Fraktion fordert eine moderate Kreisumlage. Eine zentrale Straßenreinigung, wie vorgeschlagen, wird konsequent abgelehnt. Es wird gegenüber den Stadtvertretern nochmals zum Ausdruck gebracht, dass ohne Haushaltssicherungskonzept eine Genehmigung des Haushaltes 2014 nicht erfolgen wird.

Würde dies dann eine Zwangsverwaltung bedeuten, fragt Herr Theißen an? Nein, aber es wäre nur möglich, vertraglich gebundene Leistungen aufgrund der Führung eines vorläufigen Haushaltes zu bedienen, wird von der Verwaltung festgestellt.

**Beschluss:**

**Dem Haushaltssicherungskonzept der Stadt Lübtheen für das Haushaltsjahr 2014 wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**           9 Ja-Stimmen  
  2 Nein-Stimmen

**TOP 7:                   Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 – Sitzungsvorlage SV-01/2014**

---

Herr Netzband berichtet wie folgt:

„Für den Haushalt 2014 haben Sie als Tischvorlage den aktuellen Stand der Haushaltssatzung inklusive Sitzungsvorlage sowie den Ergebnis- und Finanzhaushalt erhalten. Die hier vorgenommenen Änderungen beziehen sich auf die Höhe der Kreisumlage (45 %) und die Maßnahme an der kleinen Sporthalle im Schulzentrum.“

Der Haushalt wurde im Vorfeld der heutigen Beratung und Abstimmung mit der Kommunalaufsicht beraten. Daraus haben sich die Änderungen bei der Kreisumlage ergeben. Da der Landkreis derzeit von einem Hebesatz von 45 % bei der Kreisumlage ausgeht, sind wir als Stadt leider gezwungen, diesen auch einzuplanen, da es sonst keine Genehmigung geben würde. Ursprünglich war der Satz von 2013 eingeplant. Momentan gibt es, wenn auch vorsichtige Signale, dass er doch geringer ausfallen könnte. Die Kreisumlage ist jetzt im Haushalt 2014 mit 1.489.200 € veranschlagt, was eine Erhöhung um 227.000 € zum Vorjahr bedeuten würde. Die weiteren Änderungen, die Ihnen zugegangen sind, sind alle inhaltlicher Art. So war es der Kommunalaufsicht wichtig, dass im Vorbericht noch einige Ergänzungen bei bestimmten Zahlen und Texten vorgenommen wurden, die entsprechend der Nummerierung zuzuordnen sind. Ebenso musste daher auch der Stellenplan überarbeitet werden, um der gewünschten Darstellung zu entsprechen. Zahlenmäßig hat sich aber nichts verändert.

Insgesamt ist der Haushalt 2014 nach den vorliegenden Zahlen aus dem Orientierungsdatenerlass des Landes und den Anmeldungen aus den Fachämtern erstellt worden. Dabei haben sich insgesamt keine großen Änderungen ergeben. Die Ergebnissalden im Ergebnis- und Finanzhaushalt belaufen sich dabei vom Plan her etwa auf dem Niveau von 2013.

Die ordentlichen Erträge belaufen sich nach den o.g. Änderungen auf 4.893.600 € und die ordentlichen Aufwendungen auf 5.765.500 €. Die entsprechenden ordentlichen Einzahlungen belaufen sich auf 4.658.500 € und die ordentlichen Auszahlungen auf 5.497.100 €. Die größten Erträge für den Haushalt ergeben sich dabei bei der Schlüsselzuweisung, den Anteilen an der Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer. Letztere wurde anhand des Ergebnisses aus dem Jahr 2013 für den Plan 2014 höher angesetzt.

Aufwands- und auszahlungsseitig sind die Personalkosten, die Kreisumlage sowie die laufende Unterhaltung die größten Positionen. Größere Unterhaltungsmaßnahmen 2014 sind:

- Unterhaltung der Straßen mit	130.000 €
- Trockenlegung des Rathauskellers im vorderen Bereich	20.000 €
- Maler- und Belagsarbeiten in der Grundschule	7.500 €
- Trockenlegung Mauerwerk Feuerwehr Jessenitz	16.500 €

Die Mittel, die für die Straßenunterhaltung eingeplant sind, sind in Anbetracht der Straßenlänge natürlich nicht üppig. Also gilt es, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst optimal einzusetzen. Die Verwaltung wird daher ein Konzept erarbeiten müssen, um festzustellen, wie viel Mittel in den kommenden Jahren für eine vernünftige Straßenunterhaltung und Sanierung notwendig sein werden. Erst dann kann über Machbarkeit und die Finanzierungsmöglichkeiten im Haushalt gesprochen werden.

Da ich schon bei den Baumaßnahmen bin, gehe ich somit gleich zum Investitionshaushalt über. Dieser weist ein Volumen bei den Einzahlungen von 1.179.700 € und von 1.078.000 € bei den Auszahlungen aus. Auch hier will ich kurz die wichtigsten Maßnahmen nennen:

- Bau einer Gewerbezufahrt in Jessenitz-Werk	320.000 €
- Sanierung der Kreisstraße in Garlitz	184.500 €
- Ausbau der Straße KfL-Siedlung Jessenitz	78.000 €
- Umbau und Sanierung der kleinen Sporthalle am Schulzentrum zur Freizeithalle inklusive Kofinanzierungsanteil	358.000 €

Ursprünglich war die letzte Maßnahme als Unterhaltungsmaßnahme im Ergebnishaushalt geplant. Durch die Planung wurde aber deutlich, was alles zu machen ist, so dass es auch dem doppelten Investitionsbegriff entsprechend als Investition geplant werden konnte.

Die weiteren Investitionsvorhaben beziehen sich alle auf die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen in der Verwaltung, der Feuerwehren, der Schulen und des Bauhofes.

Abschließend möchte ich noch kurz etwas zum Haushalt des städtebaulichen Sondervermögens sagen. Dieser wird als Anlage zum eigentlichen Haushalt geführt. Daher muss auch heute gleichzeitig darüber abgestimmt werden.



Insgesamt sind die Erträge und Aufwendungen als sehr niedrig zu bezeichnen. Da es für die Stadt keine Städtebaufördermittel mehr gibt, können nur noch Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel aus Darlehensrückflüssen und Beiträgen umgesetzt werden. Inklusiv der Vergütung des Sanierungsträgers sollen für kleinteilige Maßnahmen insgesamt 92.000 € ausgegeben werden. Die Finanzierung wird durch die genannten laufenden Einnahmen sowie die liquiden Mittel des Treuhandkontos sichergestellt.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung zustimmen. Ein weiteres Einsparpotential wird noch bei den Energiekosten durch längere Abschaltung der Straßenbeleuchtung gesehen.

Die CDU-Fraktion dankt der Verwaltung für die frühzeitige Bereitstellung der Zahlen zum Haushalt 2014. Es wird gefordert, wie bereits im Bauausschuss angesprochen, ein Konzept zur Straßenunterhaltung für die nächsten Jahre zu erstellen und die im Haushalt 2014 angesetzten Kosten in den nächsten Jahren auf keinen Fall zu verringern. In der Gipsstraße müssen für den Haushaltsansatz 2015 auf alle Fälle die Gehwege saniert werden. Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2014 zustimmen.

**Beschluss:**

**Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Lübtheen für das Jahr 2014 wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:            9 Ja-Stimmen  
   2 Nein-Stimmen**

**Beschluss:**

**Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Lübtheen für das Jahr 2014 zum städtebaulichen Sondervermögen „Sanierungsgebiet Ortskern“ wird zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:            9 Ja-Stimmen  
   2 Nein-Stimmen**

**TOP 8:                    Festlegung der Anzahl weiterer Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses -  
                                 Sitzungsvorlage SV-06/2014**

---

**Beschluss:**

**Die Stadtvertretung legt die Anzahl der weiteren Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses auf sieben fest.**

**Abstimmungsergebnis:            11 Ja-Stimmen**

**TOP 9:                    Bestätigung des Wahlausschusses – Sitzungsvorlage SV-05/2014**

---

Von Herrn Skobel ergeht der Hinweis, dass für die Besetzung des Wahlausschusses noch nicht alle Personen benannt sind, es fehlen hierzu noch einige Rückläufe. Eine Ergänzung wird bekanntgegeben (Nagel, Peter). Alle weiteren Ergänzungen bzw. Veränderungen werden der Stadtvertretung mitgeteilt.

**Beschluss:**

**Die Stadtvertretung bestätigt die nachfolgenden in den Wahlausschuss der Stadt Lübtheen berufenen Bürger:**

**Gemeindewahlleiter:**

Skobel, Bernd

**Beisitzer/in:**

Greve, Fritz

Reimer, Manuela

Beilfuß, Karl-Ludwig

Böhm, Uwe

Rey, Rasmus

Nagel, Peter

Rey, Rasmus

Neumann, Veronika

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen

**stellv. Gemeindewahlleiter:**

Netzband, Torsten

**Stellvertreter/in:**

Hamann, Dieter

Metelmann, Evelin

Neumann, Lothar

Blohm, Holger

Piltzner, Christina

Ludwig, Damian

Piltzner, Christine

Reimer, Simona

**TOP 10:            **Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 10  
„Betriebserweiterung Firma Dankwardt“– Sitzungsvorlage SV-03/2014****

---

Der überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes, die Begründung einschließlich Umweltbericht und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind aufgrund aktueller Rechtsprechungen erneut öffentlich auszulegen.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung beschließt die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 10 „Betriebserweiterung Firma Dankwardt“, OT Jessenitz-Werk nach § 3 Abs. 2 BauGB. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden sind über die erneute öffentliche Auslegung (Tatbestand: Wiederholung der Bekanntmachung) zu benachrichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

**TOP 11:            **Beschluss über die erneute frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der  
Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden  
zur 1. Änderung und Ergänzung des B-Planes Nr. 8 „Betriebserweiterung Firma  
BRÜGGEN Fahrzeugwerk & Service GmbH – Sitzungsvorlage SV-04/2014****

---

Herr Wein informiert über die erfolgten Änderungen:

- Lärmschutzwand Richtung Lobetal Änderung von 8 m auf 6 m Höhe
- Lärmschutzwand Richtung Geschwister-Scholl-Straße bleibt bei 4,50 m Höhe

Herr Theißen informiert, dass die NPD-Fraktion aufgrund des Zeitungsartikels in der SVZ über die Firma BRÜGGEN zum Thema Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Firma dem heutigen Beschluss zustimmen könne. Sie verbinden ihre Anwesenheit und ihre Aussagen mit dieser Medienpräsenz und hoffen, dass die Firma ihre Aussagen einhält.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Lübtheen beschließt die erneute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zur 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 8 mit der öffentlichen Auslegung des überarbeiteten Vorentwurfs im Bauamt der Stadt Lübtheen weiterzuführen. Die öffentliche Auslegung ist rechtzeitig bekannt zu machen.

Gleichzeitig wird beschlossen, dass die erneute frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen ist. Dabei werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange aufgefordert, sich auch im Hinblick auf den Umfang und die Detaillierung der Umweltprüfung zu äußern.

**Abstimmungsergebnis:** 11 Ja-Stimmen

**TOP 12: Beantragung der Förderung eines externen Konversionsmanagement –  
Sitzungsvorlage SV-08/2014**

---

In der Sitzung am 30.01.2014 wurde zur Thematik bereits berichtet. Durch den Abzug der Bundeswehr sind eine Reihe von Liegenschaften der zivilen Nutzung zuzuführen. Für diese komplizierte Aufgabe soll auf Empfehlung des Wirtschaftsministeriums professionelle Hilfe eingeholt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 50.000 €, wobei der Eigenanteil der Stadt bei 10 % liegen wird.

In der kurzen Diskussion gibt Herr Steuer den Hinweis, einen Punkt „Altlastensanierung“ in das Konzept aufzunehmen. Im Jahre 1937 seien diese Flächen im sauberen Zustand übergeben worden und sie sollten auch wieder sauber (munitionsberäumt) zurückgegeben werden.

**Beschluss:**

**Die Stadtvertretung beschließt die Förderung eines Konversionsmanagement beim Land Mecklenburg-Vorpommern, Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus zu beantragen.**

**Abstimmungsergebnis:** 11 Ja-Stimmen

**TOP 13: Anfragen und Mitteilungen**

---

Herr Theißen fragt an, mit welcher Verwaltung eine kommunale Zusammenarbeit erfolgt. Die Verwaltung informiert dazu, dass es sich erst einmal um ein vorsichtiges Herantasten an das Amt Hagenow-Land handelt. Es wird weiter berichtet und falls erforderlich auch die Beschlüsse für die Stadtvertretung vorbereitet.

**Mitteilungen der Verwaltung:**

- Anhörung zum Biosphärenreservat lässt bisher keine Entscheidung erkennen
- Ab 01.03.2014 werden in der Stadtverwaltung auch Unterschriftenlisten zum Volksbegehren gegen die Gerichtsstruktur ausliegen.
- ALDI schließt am 15.02.2014. Der Eigentümer konnte mit Interessenten bisher keine Einigung über einen Nachfolger erzielen.
- Der Bundesforstbetrieb steht Führungen auf dem Truppenübungsplatz für Zivilpersonen offen gegenüber.
- Die Anlegung eines Solarparkes im Gewerbegebiet Lübtheen wird vorerst nicht weiter verfolgt.
  
- Herr Matz macht auf den katastrophalen Zustand der Heinrich-Heine-Straße aufmerksam. Die bisherigen Ausbesserungsarbeiten reichen bei Weitem nicht mehr aus. Die Verwaltung kennt das Problem und wird diesbezüglich eine Kostenschätzung für eine teilweise oder komplette Sanierung einholen.

- Herr Klockmann kritisiert, dass zur durchgeführten Einwohnerversammlung in Garlitz bezüglich Verkehrsführung während der Bauarbeiten an der Ortsdurchfahrt nicht alle Einwohner geladen waren. Er bittet darum, dies nachzuholen oder die Einwohner anderweitig (schriftlich) zu informieren. Fragen wie z.B. Absicherung des Schülerverkehrs sollten darin beantwortet werden. Durch die Verwaltung wird dargelegt, dass es wegen der Straßenbreite nicht möglich sei, die Bauarbeiten einseitig durchzuführen. Aufgrund dessen wird die Ortsdurchfahrt während der Durchführung der Bauarbeiten komplett gesperrt und eine weiträumige Umfahrung über Vellahn und Pritzier eingerichtet. Dies kann auch durchaus bedeuten, dass die Anwohner kurzfristig nicht auf ihre Grundstücke kommen. Eine rechtzeitige und individuelle Information der Grundstückseigentümer wird aber immer durch den Baubetrieb abgesichert. Der Schülerverkehr ist eine Aufgabe des Landkreises und wird auch durch diesen abgesichert. Auch hier wird rechtzeitig eine Information erfolgen.
- Frau Lindenau berichtet aufgrund einer durchgeführten Abstimmung beim Landkreis über die Problematik Eichenprozessionsspinner:  
Der Landkreis hält es aus gesundheitlicher Sicht für notwendig, auch in diesem Jahr noch einmal großflächig gegen den Eichenprozessionsspinner per Hubschrauber zu sprühen. Nach bisherigen Erkenntnissen konnten durch den bisherigen Einsatz 95 % des Befalls erreicht werden. Die voraussichtlichen Kosten sollen sich in gleicher Höhe bewegen. Als Sprühmittel soll Dippel-ES zum Einsatz kommen.  
Die Stadt schließt sich dieser Sichtweise an, was aber bedeutet, dass auf die Stadt höhere Ausgaben in diesem Bereich zukommen, als geplant. Der Einsatz wird anhand von Liegenschaftskarten auf städtischen Grundstücken eigenständig durch die Stadt durchgeführt.
- Weiterhin informiert die Verwaltung, dass für die Ortsteile Quassel, Gößlow und Bandekow der Antrag auf Flurneuordnung gestellt werden soll. Von den Stadtvertretern wird der Antrag befürwortet.
- Frau Völkel unterbreitet den Vorschlag, im Wiesenweg bis zum Festplatz in Garlitz die Straßenbeleuchtung nur bei Bedarf anzuschalten. In diesem Bereich ist keine Wohnbebauung vorhanden und eine ständige Beleuchtung nicht notwendig.

Nach diesem Beratungspunkt wird die öffentliche Sitzung geschlossen und nach einer kurzen Pause nichtöffentlich fortgesetzt.

---

Pietz  
Bürgervorsteher

---

Führer  
Protokollantin